

Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz, Treblinka und Majdanek stark gefragt

Zwei Jahre nach dem Start eines Schülerfahrten-Projektes zu KZ-Gedenkstätten in Polen hat der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung die Bedeutung solcher Gedenkstättenfahrten hervorgehoben. In den vergangenen beiden Jahren sind 32 Schülergruppen aus Sachsen-Anhalt in die ehemaligen deutschen Vernichtungslager gereist.

„Gemeinsam mit der Bethe-Stiftung wollten wir es Schülerinnen und Schülern aus Sachsen-Anhalt ermöglichen, die einstigen nationalsozialistischen Vernichtungslager zu besuchen. Dieses Ziel haben wir eindrucksvoll erreicht“, unterstrich der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Maik Reichel, in seiner Bilanz. Insgesamt sind in den zurückliegenden beiden Jahren 32 Gruppen mit rund 850 Schülerinnen und Schülern aus Sachsen-Anhalt nach Polen in die KZ-Gedenkstätten gefahren. Die Schüler hätten sich so an authentischen Orten mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust auseinandersetzen können, sagte der LpB-Direktor. „Für viele der teilnehmenden Jugendlichen ist das eine wichtige Erfahrung gewesen, um aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen.“

Gegenüber 2016 hat es im Jahr 2017 sogar noch einmal eine Steigerung gegeben. Waren es im Jahr 2016 noch 14 Gruppen aus 13 Schulen mit rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sind es im vergangenen Jahr 18 Schülergruppen aus 16 Schulen mit knapp 500 Teilnehmern gewesen. Die meisten Gedenkstättenfahrten hatten Auschwitz als Ziel (insgesamt 25), zwei der Fahrten führten nach Majdanek und fünf gingen nach Treblinka. Drei der beteiligten Schulen, das Domgymnasium Merseburg, das Burg-Gymnasium Wettin und die Sekundarschule „Adolf Holst“ Mücheln, werden die Ergebnisse ihrer Beschäftigung mit dem Thema ab 15. April in einer Ausstellung in Merseburg präsentieren.

Aufgrund der großen Nachfrage und eindrucklichen Erfahrungen bei den Fahrten will die Landeszentrale das Projekt fortführen. „Wir haben ein immenses Interesse daran, dass die Gedenkstättenfahrten im laufenden Jahr weitergehen“, so Reichel. Die Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung mit den beteiligten Partnern werde voraussichtlich im Laufe des Februars erfolgen.

Kontakt: Interessierte Schulen können sich bei der Landeszentrale für politische Bildung, Leiterstr. 2, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/567-6450, E-Mail: maik.reichel@lpb.mb.sachsen-anhalt.de melden.



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Magdeburg, 05.02.2018

PRESEMITTEILUNG

Weitere Informationen:

Maik Reichel
Direktor der Landeszentrale für
politische Bildung
Leiterstraße 2
39104 Magdeburg
Tel.: +49 (0)391 567-6450
mob.: 01517 270 33 87
Fax: +49 (0)391 567-6464
E-Mail:
maik.reichel@lpb.mb.sachsen-anhalt.de